

Beschluss (vorläufig) Eltern in die Politik! Unsere Ziele als moderne Familienpartei

Gremium: 43. Landesdelegiertenkonferenz in Weingarten
Beschlussdatum: 15.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Politik wird von Menschen mittleren Alters gemacht. Zum Großteil männlich, zum
- 2 Großteil akademisch. Für uns ist klar: Politische Entscheidungsgremien zeichnen
- 3 sich zurzeit in ihrer Besetzung durch einen Mangel an Vielfalt aus. Das
- 4 bedeutet, dass Politik weit weg ist von der Lebensrealität kleiner Kinder, deren
- 5 sorgeberechtigten Personen sowie älteren Menschen.
- 6 Bündnis90/Die Grünen ist eine Familienpartei! Wir wollen die Erfahrungen und
- 7 Perspektiven von Menschen, die Verantwortung füreinander und für andere
- 8 übernehmen sichtbar machen und ihnen Gehör schenken. Wir stehen für eine moderne
- 9 Familienpolitik, welche die unterschiedlichen Lebenslagen und Anliegen von
- 10 familiären Verantwortungsgemeinschaften ernst nimmt und in ihrer Politik
- 11 berücksichtigt und mitdenkt.
- 12 Eltern und Personen, die Care Arbeit übernehmen, haben wenig Zeit. Denn
- 13 zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit kümmern sie sich um andere Menschen wie
- 14 beispielsweise Kinder oder pflegebedürftige Personen und organisieren den
- 15 Haushalt. Die wenige Zeit, die übrig bleibt, darf nicht verschwendet sein. Damit
- 16 Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss das
- 17 Ehrenamt transparent zugänglich, die Ergebnisse messbar und der Zeitaufwand
- 18 kalkulierbar sein. Der Wunsch nach politischer Veränderung trifft oftmals auf
- 19 starre kommunalpolitische Strukturen. Personen mit täglicher Verantwortung und
- 20 Sorge für andere Menschen haben mit knapperen Zeitressourcen so de facto keine
- 21 Chance auf Mitgestaltung. Das wollen wir ändern!
- 22 Sitzungszeiten, die beginnen, wenn die Kinderbetreuung schließt; Sitzungen, die
- 23 bis spät abends gehen und eine ineffektive Diskussionskultur sind Realität in
- 24 vielen kommunalen Räten in Baden-Württemberg. Eltern von betreuungspflichtigen
- 25 Kindern sind in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Ihre
- 26 Erfahrungen und Perspektiven sind für politische Entscheidungen aber wichtig und
- 27 relevant – denn Menschen, die sich tagtäglich mit Kinderwagen, Rollstuhl oder
- 28 Rollator bewegen, sind schnell mit den Missständen im Bereich Barrierefreiheit
- 29 konfrontiert. Der tägliche Weg zum Bus, zur Schule, ins Schwimmbad oder ins
- 30 Pflegeheim kann mitunter beschwerlich sein, denn die Sicherheit im Verkehr, wenn
- 31 man zu Fuß, mit Kinderwagen etc. unterwegs ist, ist nicht immer gewährleistet.
- 32 Der Öffentliche Nahverkehr fährt besonders im ländlichen Raum nicht dann, wenn
- 33 es Familien brauchen und die Haltestellen sind weit weg vom örtlichen Geschehen.
- 34 Ebenso müssen Kommunen beim Radverkehr besser werden, damit Fahrradwege für
- 35 Kinder sicherer werden. Aber auch ausreichende Beschattung, Sitzmöglichkeiten,
- 36 und Begrünung sowie im Winter gestreute, eisfreie Wege sind wichtig für
- 37 Menschen, deren Aktionsradius in der Regel um ihren Wohnort herum liegt. Die
- 38 (mangelnde) Klimaresilienz der Kommunen hat unmittelbare und gesundheitliche
- 39 Auswirkungen – gerade bei Schwangeren, kleinen Kindern und älteren Menschen ist
- 40 das besonders deutlich zu sehen. Im Bildungsbereich wollen wir mit der
- 41 Perspektive von Familien einen Schritt nach vorne gehen: Kommunen haben als
- 42 Schulträger unmittelbaren Einfluss auf die Ausstattung in den Schulen. Sie
- 43 entscheiden über neue Schulhöfe, die gebaut werden, das Schul- und Kitaessen und

44 Familienzentren. Sehr viele Entscheidungen, die in der Kommune gefällt werden,
45 betreffen Eltern und ihre Kinder unmittelbar und jeden Tag!

46 Auch den Fachkräftemangel bekommen Eltern ungeschönt zu spüren. Schon während
47 der Schwangerschaft beginnt das Kämpfen: zu wenig Gynäkolog*innen und Hebammen,
48 damit Schwangere gut versorgt sind, zu wenige Kreissäle im Umkreis, teilweise
49 mit einer Fahrtstrecke von 40 km zur Entbindung, zu wenige Kinderärzt*innen, zu
50 wenige Kitas und sonstige Betreuungsplätze und schließlich der
51 Lehrer*innenmangel an Schulen. An allen Ecken und Enden werden Eltern mit diesem
52 Fachkräftemangel konfrontiert.

53 Diese Erfahrungen sind wertvoll und wichtig für politische Entscheidungen, die
54 Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Deshalb müssen sie Gehör finden.
55 Politik kann nur für alle Menschen da sein, wenn die Perspektiven und
56 Lebenslagen aller Menschen gehört und erkannt werden. Dabei sind Eltern häufig
57 im vorpolitischen Raum aktiv – sie organisieren Elternabende oder sind
58 Elternbeiratsvorsitzende. Sie sammeln Unterschriften für Tempo 30 vor dem
59 Kindergarten oder setzen sich für besseres Essen in der Schulkantine ein,
60 mehrheitlich sind das in diesen Fällen Mütter. Wie also können die wichtigen
61 Erfahrungen und Perspektiven von Eltern in die Politik einfließen? Indem wir
62 mehr Eltern für politische Ämter gewinnen!

63 Eltern – in die Kommunalpolitik!

64 Ein wichtiger Baustein, um Eltern die Teilnahme an Kommunalpolitik zu
65 ermöglichen, ist die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder durch die
66 Kindertagespflege. Zwischen 2010 und 2020 führte der Ausbau der
67 Kindertagesbetreuung in Baden-Württemberg zu einem Anstieg der betreuten Kinder
68 um 18%. Daneben wuchs das pädagogische Personal zwischen 2011 und 2020 um 72%,
69 dies ist ein Erfolg der Grün geführten Landesregierung! Dennoch sind weitere
70 Anstrengungen beim Ausbau der Betreuungsplätze sowie der Gewinnung und Haltung
71 von Fachpersonal notwendig, um die Bedarfe zu decken.

72

73 Deswegen setzen wir uns in Kommunen und im Kultusministerium im Land mit
74 Hochdruck dafür ein, dass mehr ausgebildetes Fachpersonal gewonnen werden kann.

75 Und gleichzeitig bekommen Familien keinen Betreuungsplatz, schließen Kitas
76 früher oder auch mal einen ganzen Tag. Das System ist auf Kante genäht und für
77 Familien, die darauf angewiesen sind, ist es nicht verlässlich. Das birgt nicht
78 nur die Gefahr, dass Eltern ihrer Erwerbsarbeit vermindert oder gar nicht mehr
79 nachkommen können, sondern stellt auch ein demokratisches Problem dar. Ohne
80 Kinderbetreuung ist für viele ein kommunalpolitisches Engagement ein zeitlicher
81 Luxus, den sie sich nicht leisten können. Denn das kommunalpolitische Engagement
82 konkurriert mit Erwerbsarbeit, Care Arbeit, Familie, Freunden und Hobbies. Die
83 Folgen sind fatal, denn dadurch sind Eltern in kommunalpolitischen Gremien
84 unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Eltern. Weitere
85 Anstrengungen, Kommunalpolitik für Eltern attraktiv zu machen, sind daher
86 unerlässlich. Es braucht aber grundlegender noch einen gesellschaftlichen
87 Wandel, der Eltern in ihrer Vielfalt anerkennt und ihre Herausforderungen ernst
88 nimmt. Ihre Belange sind keine Privatangelegenheit, sondern hängen grundlegend
89 mit der Frage nach demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zusammen.
90 Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei, die diese Zusammenhänge sieht und einen
91 Wandel zum Ziel hat.

92 Das familienfreundliche Rathaus: Elternschaft ganzheitlich kommunalpolitisch
93 gedacht

94 Auf jeder politischen Ebene finden wir Defizite bezüglich der Vielfalt in
95 politischen Entscheidungsgremien. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik – sei
96 es bei ehrenamtlichen Mandatsträger*innen oder bei Bürgermeister*innen. Eine der
97 bislang unterrepräsentierten Gruppen sind Eltern jüngerer Kinder, insbesondere
98 Mütter.

99 Der mangelnden Repräsentanz steht eine besondere Betroffenheit entgegen.
100 Kommunalpolitische Regelungen haben oftmals sehr tiefgreifende Auswirkungen auf
101 Familien mit Kindern – vom Kita-Angebot und Gebühren, über Schulgebäude bis hin
102 zu Spielplätzen oder Angeboten und Kosten der Musikschule. Der Blickwinkel von
103 Eltern ist wertvoll! Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Familien mit
104 Kindern auch auf kommunaler Ebene eine starke Stimme erhalten.

105 Dabei ist es uns wichtig, Elternschaft in der Kommunalpolitik ganzheitlich zu
106 denken:

- 107 • Repräsentanz von Eltern in kommunalen Gremien
- 108 • Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb
109 kommunaler Gremien
- 110 • Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

111 Repräsentanz in kommunalen Gremien

112 Wir Grüne wollen die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und
113 die Vereinbarkeit von Mandat sowie familiären und beruflichen Verpflichtungen
114 verbessern.

115 Im Antrag für ein attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt unserer
116 kommunalpolitischen Vereinigung GAR (Grüne und Alternative in den Räten) finden
117 sich zahlreiche Vorschläge für strukturelle Erleichterungen:

- 118 • Förderung hybrider Sitzungen
- 119 • Vorschläge zur Effizienzsteigerung von Sitzungen wie Begrenzung der
120 Sitzungs- und Redezeit
- 121 • Sonderpauschalen für Care-Arbeit zusätzlich zu den regulären
122 Sitzungsgeldern (Änderung der Entschädigungssatzungen in den Kommunen)

123 Insbesondere Alleinerziehende finden sich besonders selten in
124 kommunalpolitischen Gremien. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für
125 alleinerziehende Mandatsträger*innen aufbauen und in regelmäßig stattfindenden
126 Treffen deren Bedarfe und Verbesserungsvorschläge abfragen. Als Elternnetzwerk
127 und GAR innerhalb der Grünen Baden-Württemberg wollen wir empower und
128 ermutigen, weiterzumachen, auch wenn es anstrengend ist und das politische
129 Netzwerk nutzen, um die Lösungen vor Ort dann wieder umzusetzen.

130 Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler
131 Gremien

132 Auch außerhalb des Gemeinderats ist es uns wichtig, die Beteiligung von Familien
133 mit Kindern auf kommunaler Ebene zu verbessern.

134 Wir wollen die Beteiligung für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Zu
135 diesem Zwecke werden wir die Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Kommunen aus
136 ganz Baden-Württemberg zum Austausch einladen, um gemeinsam Konzepte und Ideen
137 zu erarbeiten. Vor Ort machen sich unsere Kommunalpolitiker*innen dafür stark,
138 Einwohner*innen-Versammlungen zu Themen durchzuführen, die speziell Eltern
139 ansprechen. Beispielsweise die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung,
140 Schulrenovierungen oder Kita-Öffnungszeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass
141 diese Einwohner*innen-Versammlungen zu Uhrzeiten und an Tagen stattfinden, die
142 elternfreundlich sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es parallel zu
143 diesen Einwohner*innen-Versammlungen ein Betreuungsangebot für Kinder gibt.

144 Gesamtelternvertretungen wollen wir im Gemeinderat eine stärkere Stimme geben
145 und setzen uns vor Ort dafür ein, dass Sie in betreffenden Ausschüssen nicht nur
146 Frage-, sondern ein Rederecht erhalten.

147 Kindern eine Stimme geben – Beteiligungsprozesse für Kinder & Jugendliche

148 Uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, dass ihre
149 Stimme zählt und Demokratie nur gemeinsam funktioniert! Wir wollen neue Konzepte
150 ermöglichen, wie beispielsweise spielerische Beteiligung von Kindern durch
151 kontinuierlich stattfindende Beteiligungsformate. Hier gibt es viele Formen von
152 Beteiligung: punktuelle, längerfristige und institutionell verfasste wie z.B.
153 die Jugendgemeinderäte. Wir wollen aber auch neue Formate entwickeln, wie
154 beispielsweise bei der Planung von Spielplätzen oder in der Schule durch
155 jährlich stattfindende „8er Räte“ als barrierefreies Beteiligungsmodell für
156 Jugendliche. Wir plädieren dafür, dass Kommunen dem Artikel 41a aus der
157 Gemeindeordnung nachkommen: (1) "Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche
158 bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise
159 beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu
160 entwickeln[...]" Wir wollen, dass Kommunen zu einem demokratischen Lernort für
161 Kinder und Jugendliche werden. Beteiligt man Kinder und Jugendliche, erreicht
162 man so auch ihre Eltern und kann sie einbinden.

163 Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

164 Der zunehmende Fachkräftemangel ist auch für unsere Kommunalverwaltungen eine
165 große Herausforderung. Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für
166 familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein – auch in unseren
167 Kommunalverwaltungen.

168 Für besonders vorbildliche Kommunen möchten wir zukünftig einen landesweiten
169 „Vereinbarkeitspreis“ ausloben. Dieser soll Kommunalverwaltungen motivieren und
170 ein Aufhänger für eine landesweite „Best-Practice“ Sammlung sein. Hierzu gehören
171 beispielsweise die Schaffung von Familienbüros, der Ausbau von Homeoffice
172 Angeboten, flexible Arbeitszeiten. Vor Ort wollen wir gemeinsam mit unseren
173 Verwaltungen in einen engen Dialog treten, wie diese Rahmenbedingungen weiter
174 verbessert werden können.

175 Wofür wir uns bundespolitisch einsetzen!

176 Auch unser Steuer- und Finanzsystem fußt auf Strukturen, die nicht für die
177 moderne Familie gemacht sind! Denn das Ehegattensplitting bevorzugt

178 Familienkonstellationen, in denen es eine*n Hauptverdiener*in und einen
179 Nebenverdiener*in gibt. Dieses Steuermodell schadet vor allem Frauen, denn sie
180 sind meistens diejenigen, die vor der Familiengründung schon weniger verdient
181 haben und danach kürzertreten. Das ist nicht vereinbar mit unseren
182 feministischen Erfolgen und Werten. Wir Grüne aus Baden-Württemberg stehen
183 hinter der bundesweiten Forderung, dass das Ehegattensplitting durch
184 individuelle Besteuerung ersetzt werden soll und vor allem Familien mit Kindern
185 steuerlich entlastet werden. So profitieren endlich Familien von staatlicher
186 Unterstützung, denn Familie ist mehr als nur ein verheiratetes Elternpaar mit
187 Kindern. Immer häufiger sind Eltern nicht miteinander verheiratet, Familien
188 leben in Patchwork-Konstellationen oder in Konstellationen, in denen mehr als
189 zwei Menschen Verantwortung für die Familie übernehmen. Diese modernen Familien
190 Formen müssen im Steuerrecht berücksichtigt werden.

191
192 Des Weiteren setzen wir uns als Grüne Baden-Württemberg für eine echte
193 Anrechnung von Care-Arbeit für die Rente ein. Denn Frauen, die im Schnitt zwei
194 Stunden pro Tag mehr Care-Arbeit leisten, spüren das häufig am Ende bei der
195 Rente besonders und haben ein höheres Risiko (besonders durch Scheidungen) in
196 Altersarmut zu rutschen! Auch darf (kommunalpolitisches) Engagement nicht dazu
197 führen, dass dies zu Lasten der Erwerbsarbeit geht und somit ein weiteres Risiko
198 für Altersarmut geschaffen wird. Diese finanzielle Abhängigkeit von Ehemännern
199 und Partnern wollen wir beenden und setzen uns deswegen dafür ein, dass ein
200 kommunalpolitisches Amt ebenfalls in den Rentenpunkten bedacht wird.

201 Mit den oben aufgeführten Punkten soll ein erster Schritt in eine vielfältige
202 kommunalpolitische Welt gelingen, in der sich die Gesamtheit der Gesellschaft
203 gleichermaßen widerspiegelt und möglichst alle Gruppen eine gleichstarke Stimme
204 haben. Wir setzen uns als Elternnetzwerk der Grünen Baden-Württemberg dafür ein,
205 dass Politik nach der Kommunalwahl 2024 im ganzen Land von, mit und für Eltern
206 und Familien gemacht wird, denn es ist an der Zeit, dass ihre Perspektiven und
207 Lösungsvorschläge endlich einbezogen werden!